

FÖDERALISMUS

Mehr Transparenz

Einige der bereits vereinbarten Grundgesetz-Änderungen bei der Bildung umfassen den Staatsreform...

Mehr Rechte für Parlamente: Der Bundrat und die Landtage erhalten mehr gesetzliche Gestaltungsmög...

Kompetenzteilung: Kürzlig sind die Länder für Dienstrecht, Beamtung und Vermögens der Landes- und Kommunalbeamten zuständig...

Abwehrrichter: Einmal wird im Grundgesetz ein Recht der Länder festgeschrieben, von dem Gesetzgebung des Bundes abzuweichen. Dies soll zu mehr Wettbewerbsfähigkeit führen.

Bildung: Die Länder werden in ihrer Bildungspolitik gestärkt. Das ist der Preis, den der Bund für die Erweiterung seiner Befugnisse zahlen muss...

Umwelt: Im Umweltbereich war der Bund bislang nur für die Rahmengesetzgebung zuständig. Kürzlig bekommt er direkte Kompetenzen für den Naturschutz und die Landschaftspflege sowie für den Wasserhaushalt. Damit kann er erstmals ein Umweltgesetzwerk schaffen, von dem die Länder nur in Einzelfällen abweichen können.

(dpa)

„Ein Scheitern wäre verheerend“

„Konvent für Deutschland“ befürwortet Föderalismusreform

VON ROMAN HERZOG

Wenn die Föderalismus-Reform demnach in die Endrunde geht, wird noch einmal kräftig an den Bundesgesetzrättern, mit denen die Koalition das Kompromisspaket Ende 2005 aushandeln hat...

Diese Abschnurr-Vorwoche sind ebenso unvermeidlich, wie sie grundsätzlich sind. Unvermeidlich sind diese Vorwoche aber auch deshalb, weil es sich bei den Koalitionsvorbereitungen um einen Kompromiss handelt, der in einer äußerst schweren Geburt das Licht der Welt erblickt hat. In der Natur eines solchen Kompromisses liegt es, dass niemand richtig zufrieden mit ihm ist...

In dieser Kompromiss-Eigenheit liegt aber auch die große Gefahr der heutigen Artbühnen-Versuche. Die zwischen Artbühnen und freier Kunst erriehte Balance von Konzessionen und Gegenkonzessionen könnte wieder umgestoßen und damit das ganze Unterbauwerk hoch auf der Zielgeraden zum Scheitern gebracht werden.

Das wäre aus mehreren Gründen verheerend. Zum einen ist der Kompromiss bei allem seinen Starren doch ein einseitiger Fortschritt gegenüber dem Status quo. Er geht dabei in letzlich um die Entscheidung und damit die Verantwortlichkeit unseres Staates. Die hat in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend dazwischen getreten, dass die Ausübungsvorgänge von Bund und Ländern immer mehr verflechtet, verflochten und durchdrückelter wurde. Am Schluss konnte keine Ebene mehr ohne die anderen, ohne die anderen wären programmierbar und die Wahrheit hätte bei einem solchen Zustandelike-Mischen nicht mehr möglich, weil für Fehlentscheidungen verantwortlich ist...

„Im schlimmsten wäre die Beschriftung: Deutschland ist und bleibt reformunfähig“

In dieser Hinsicht bringe ich Koalitions-Einstwurf durchaus Verbesserungen. Jedem Verwaltungen und Gesetzgebungsorganen findet eine gewisse Entlastung statt; die jeweiligen Verantwortlichen werden klarer und die Handlungsmöglichkeiten weniger. Auch wenn ich mir darüber nicht davon gewundert hätte. Dies sind Fortschritte, die jetzt auf keinen Fall wieder aufs Spiel gesetzt werden dürfen.

Dennoch ist das ist nach meiner Überzeugung der wichtigste Grund, warum ein Scheitern verheerend wäre - die Chance einer radikalen Verbesserung, der Reformfähigkeit unseres Landes wäre...

Und schließlich wäre ein Scheitern dieser Reform der Erlohn Koalition selbst ein erhebliches Stück ihrer Legitimation oberhalb. Sie rechtfertigt sich ja vor allem dadurch, dass sie in Bundesrat und Bundrat über eine verfassungsmäßige Mehrheit verfügt und damit tiefgreifende Reformen durchsetzen kann. Wenn sie auch dies nicht kann, worauf ist sie dann noch gut? Ein besserer Kompromiss als der vorliegende scheint derzeit nicht erreichbar zu sein - dann oben in Carlos Naimon diese!



AltBundespräsident Roman Herzog setzt sich als Vorsitzender des Konvent für Deutschland für die Reformfähigkeit des Landes ein.

KONVENT FÜR DEUTSCHLAND Überparteiliches Beratergremium

Roman Herzog, geb. 1914, ehemaliger Verfassungsrichter und Bundespräsident von 1994 bis 1999, ist Vorsitzender des Konvent für Deutschland.

Der Konvent ist ein überparteiliches und unabhängiges Beratergremium für die Politik, zu dem sich im Oktober 2003 namhafte Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft zusammengesetzt haben mit dem Ziel...

Gewiss ist es ärgerlich, wenn bei einem Umzug der Familie von einem Bundesland in ein anderes die Kinder mit anderen Lehrplänen konfrontiert werden. Aber ich finde es noch viel ärgerlicher, wenn wir mit unserem Einheitsdeutschland die Chancen verstreuen, die in der Vielfalt stecken. Bei 16 Län...

Einigungsverstehen ist die Chance, die beste Lösung zu finden. 16 mal gibt es bei uns bei einer von oben verordneten Einheitslösung. Und wenn sich unter den 16 Lösungsvorschlägen ein wirklich vorbildlicher findet, kann man hoffen, dass die anderen 15 ihn nachmachen. Einheitslichheit von unten!

Medium: Mitteldeutsche Zeitung

Erscheinungsdatum: 24.06.2006

Rubrik: Politik

Herzog plädiert für Staatsreform

Warnung vor Scheitern

Berlin/MZ. Ein Scheitern der umstrittenen Föderalismusreform würde der Großen Koalition „ein erhebliches Stück ihrer Legitimation entziehen“. Davor warnt Altbundespräsident Roman Herzog in einem Gastbeitrag für die MZ. „Ein besserer Kompromiss als der vorgelegte scheint derzeit nicht erreichbar“, meint der Vorsitzende des überparteilichen Beratergremiums „Konvent für Deutschland“. Nachbesserungen bei der Staatsreform lehnt er ab. Seite 5